JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT LINZ | JKU

Der Newsletter **"Öffentliches Recht und Europarecht – Aktuell"** informiert wöchentlich über neueste Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Rechts und des Europarechts

INSTITUT FÜR EUROPARECHT | INSTITUT FÜR VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSLEHRE

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

04/2014 24.01.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG: *Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer*

Hauer/Metzler

Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2014

Das Musterbuch „Schriftsatzmuster Öffentliches Recht" enthält die wichtigsten Schriftsatzmuster des öffentlichen Rechts (zB Bescheidbeschwerde, Revision, Revisionsbeantwortung, Erkenntnis- bzw Beschlussbeschwerde) mit zahlreichen praktischen Hinweisen in Fußnoten und ist bereits an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012/2014 angepasst.

25,- EUR, 4. Auflage, XII und 137 Seiten, Weicheinband, broschiert, Stand: 01.01.2014, ISBN 978-3-902883-11-7.

Zu beziehen ua über www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

BGBl I 2/2014

Kundmachung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, mit der das **Heeresdisziplinargesetz 2002** (HDG 2002) wiederverlautbart wird

BGBl I 3/2014

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung der Wortfolge „in den letzten fünf Jahren" in § 18 Abs. 1 und des § 18 Abs. 3 **Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBl II 8/2014

Verordnung des Bundesministers für Verfassung und öffentlichen Dienst, mit der die **VwGH-Aufwandersatzverordnung 2014** geändert wird

BGBl II 11/2014

Kundmachung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass die **Verordnung** des Vorsitzenden der Leistungsfeststellungskommission beim Landesschulrat für Steiermark **für Bundeslehrer über die Bildung der Senate und Bestimmung der Ersatzmitglieder** vom 15. Mai 2012 gesetzwidrig war

BGBl II 12/2014 (Anhang)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über **Standesregeln für das Gewerbe der Elektrotechnik**

BGBl II 13/2014

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Altfahrzeugeverordnung** geändert wird

BGBl III 19/2014 (Anlage)

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik **Ägypten** über die **Visumsfreiheit für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen** der Republik Österreich und die Inhaber von Diplomaten-, Spezial- und Dienst

BGBl III 17/2014

Beendigung eines Vertrages zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der **Republik Lettland**

II. Amtsblatt der EU

ABl L 18 v 21.01.2014, 1

Verordnung (EU) Nr 37/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2014 zur **Änderung bestimmter Verordnungen zur gemeinsamen Handelspolitik** hinsichtlich der **Verfahren für die Annahme bestimmter Maßnahmen**

ABl L 18 v 21.01.2014, 52

Verordnung (EU) Nr 38/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2014 zur **Änderung bestimmter Verordnungen zur gemeinsamen Handelspolitik** hinsichtlich der Übertragung der **Befugnis zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten über bestimmte Maßnahmen**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2013, A 9/2013 ua

UStG 1994; **MehrwertsteuerRL**; Zurückweisung von Staatshaftungsklagen wegen behaupteten Verstoßes von Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes betreffend die **Umsatzbesteuerung von Trainerhonoraren** gegen Unionsrecht; keine Darlegung eines qualifizierten Verstoßes gegen Unionsrecht

22.11.2013, U 1800/2013

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung des afghanischen Beschwerdeführers nach Ungarn **mangels jeglicher Auseinandersetzung** in einem entscheidungswesentlichen Aspekt

22.11.2013, U 2612/2012

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrages auf Zuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan infolge **Widersprüchlichkeit der zur Sicherheitslage** in der Heimatprovinz des Beschwerdeführers **getroffenen Länderfeststellungen**; im Übrigen Ablehnung der Beschwerde

25.11.2013, G 80/2013

Tir BauO 2011; Abweisung des Antrags des Verwaltungsgerichtshofes auf Aufhebung einer Bestimmung der Tiroler Bauordnung betreffend die **Verbauung von Mindestabstandsflächen** zu angrenzenden Grundstücken durch bestimmte bauliche Anlagen; Nichtberücksichtigung nicht erfasster baulicher Anlagen, wie zB Wohngebäude, aufgrund bestehender Ausnahmeregelungen sachlich gerechtfertigt

26.11.2013, B 534/2013

MarkenschutzG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung des **Löschungsantrags** des Beschwerdeführers hinsichtlich **einer Wortmark**e und Stattgabe des Löschungsbegehrens der Inhaberin prioritätsälterer Marken

28.11.2013, B 1415/2011

ASVG; **VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Nichtaufnahme der Arzneispezialtät Effentora in den gelben Bereich des Erstattungskodex** wegen Vorliegens therapeutischer Alternativen; Beschwerdelegitimation der beschwerdeführenden – am Verfahren vor der belangten Behörde nicht beteiligten – Gesellschaft durch Rechtsnachfolge in die Vertriebsberechtigung an der Arzneispezialität gegeben; keine Bedenken gegen die Zusammensetzung der belangten Behörde im Hinblick auf die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit ihrer Mitglieder; denkmögliche Beurteilung der Vergleichspräparate

11.12.2013, B 1317/2012

PensionsG 1965; Anlassfall zu VfGH 04.12.2013, G 67/2013 ua

12.12.2013, V 3/2010

Tir RaumOG 2001; **Tir RaumOG 2011**; Zulässigkeit des Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des **Gesamtbebauungsplans der Gemeinde Mutters** hinsichtlich des im Eigentum der Antragsteller stehenden Grundstücks; aktuelle Betroffenheit eines potentiellen Bauwerbers; Zurückweisung des Antrags hinsichtlich des Nachbargrundstücks; Tiroler Raumordnungsgesetz 2001 als Prüfungsmaßstab für die angefochtenen Bestimmungen; keine Gesetzwidrigkeit des Zustandekommens des Plans; keine Verletzung des Öffentlichkeitsgebotes; ordnungsgemäße Kundmachung; keine Gesetzwidrigkeit von unterschiedlichen Festlegungen für das Grundstück der Antragsteller gegenüber dem angrenzenden Grundstück angesichts unterschiedlicher Bebaubarkeit; keine Sanierung von Schwarzbauten

12.12.2013, B 265/2012

Tir BauO 2001; Abweisung einer Nachbarbeschwerde gegen eine **Baubewilligung zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses** auf einem Baugrundstück in Mutters; keine Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen des **Gesamtbebauungsplans der Gemeinde Mutters** für dieses Grundstück – Hinweis auf die Ausführungen im Erkenntnis zum Individualantrag; keine Willkür; kein Vorliegen von res iudicata auch im Hinblick auf drei verschiedene Sanierungsverfahren infolge geänderten Sachverhalts

12.12.2013, U 616/2013

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz eines aus dem Irak stammenden Betreibers von Geschäften für Wasseraufbereitungsanlagen infolge grober Verkennung der Rechtslage mangels Beurteilung des Vorbringens des Beschwerdeführers unter dem Aspekt der **Verfolgung aus politischen Gründen** im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention

B. Verwaltungsgerichtshof

12.12.2013, 2012/06/0208

AVG; erlässt eine Behörde trotz Unwiderrufbarkeit/Unabänderlichkeit und Unwiederholbarkeit in derselben Sache nochmals von Amts wegen oder auf Antrag einen Bescheid, ohne dazu ermächtigt zu sein, ist dieser nach der ständigen Rsp inhaltlich rechtswidrig; die belangte Behörde setzte sich mit der **neuerlichen Entscheidung** über die Rechtskraft des Be-

scheides hinweg und sprach nochmals über die bereits erledigte Vorstellung, und zwar in inhaltlich abweisender Weise (**Ab- statt Zurückweisung**) ab

12.12.2013, 2013/06/0022

Stmk BauG; **Auftrag zur Beseitigung** eines errichteten Zubaus; auf Grund der **widersprüchlichen Begründung** ist unklar, ob die belangte Behörde ihrer Entscheidung zwei verschiedene oder nur einen, zwar genehmigten, aber nicht konsensgemäß ausgeführten Zubau zugrunde legte

12.12.2013, 2013/06/0078

Sbg RaumordnungsG; zwei Zufahrtwege, zwei gesonderte Eingänge mit zwei unterschiedlichen Adressen und zwei Parkplatzmöglichkeiten führen nicht dazu, dass es sich um **zwei Bauten** handelt; Verfügungsrechte, die über den typischen Beherbergungsvertrag hinausgehen, schließen die Annahme einer **Nutzung im Zusammenhang mit dem Tourismus** aus; solche Verfügungsrechte liegen etwa bei **Einräumen von längerfristigen Mietrechten**, keineswegs aber bei nur tage- bzw wochenweiser Vermietung vor; eine Verletzung der Niederlassungsfreiheit sowie der Kapitalverkehrsfreiheit ist für den VwGH nicht zu erblicken

12.12.2013, 2013/06/0195

Tir BauO; **Einwendungen eines Nachbarn** im Baubewilligungsverfahren; Nachbarn sind berechtigt, die Nichteinhaltung der Bestimmungen über den **Brandschutz** geltend zu machen, soweit diese auch ihrem Schutz dienen; ein Mitspracherecht dahingehend, dass die Zufahrt für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr gewährleistet sein müsse, ist ihm nicht eingeräumt

C. Verwaltungsgerichte

Keine Erkenntnisse und Beschlüsse im Berichtszeitraum.

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

22.01.2014, Rs C-270/12, Vereinigtes Königreich / Rat und Parlament

Verordnung (EU) Nr 236/2012 – **Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps** – Art 28 – **Gültigkeit** – Rechtsgrundlage – **Eingriffsbefugnisse der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Ausnahmesituationen**

23.01.2014, Rs C-558/12 P, OHMI / riha WeserGold Getränke (anciennement Wesergold Getränkeindustrie)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke – Wortmarke WESTERN GOLD – Widerspruch des Inhabers** der nationalen, internationalen und Gemeinschaftswortmarken **WeserGold, Wesergold und WESERGOLD**

23.01.2014, Rs C-537/11, Manzi und Compagnia Naviera Orchestra

Seeverkehr – Richtlinie 1999/32/EG – **Marpol-Übereinkommen 73/78** – Anlage VI – **Verschmutzung der Atmosphäre durch Schiffe** – Fahrgastschiffe im Linienverkehr – Kreuzfahrtschiffe – Maximaler Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen – Gültigkeit

23.01.2014, Rs C-380/12, X

Tarifpositionen – Bleicherde – Kapitel 25 der Kombinierten Nomenklatur – Tarifposition 2508 – Begriff ‚geschlämmte Stoffe' – **Ausscheiden von Verunreinigungen, ohne die Struktur des Stoffes zu verändern** – Kapitel 38 der Kombinierten Nomenklatur – Tarifposition 3802

23.01.2014, Rs C-371/12, Petillo

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG, 90/232/EWG und 2009/103/EWG – Verkehrsunfall – **Immaterieller Schaden** – Entschädigung – Nationale Rechtsvorschriften, mit denen **besondere Berechnungsmodalitäten** für Verkehrsunfälle eingeführt werden, **die für die Geschädigten weniger günstig sind als die Modalitäten der allgemeinen Haftpflichtregelung** – Vereinbarkeit mit diesen Richtlinien

23.01.2014, Rs C-355/12, Nintendo ua

Richtlinie 2001/29/EG – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft** – Begriff **‚technische Maßnahmen'** – **Schutzvorrichtung** – Gerät und geschützte ergänzende Erzeugnisse – Von anderen Unternehmen stammende ergänzende ähnliche Vorrichtungen, Erzeugnisse oder Bestandteile – Ausschluss jeder Interoperabilität zwischen ihnen – Tragweite dieser technischen Maßnahmen – Relevanz

23.01.2014, Rs C-296/12, Kommission / Belgien

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Freier Dienstleistungsverkehr – Freier Kapitalverkehr – Einkommensteuer** – Zahlungen im Rahmen von Rentensparplänen – **Steuerermäßigung für Zahlungen nur an Einrichtungen und Fonds, die im selben Mitgliedstaat ansässig sind** – **Kohärenz des Steuersystems** – Wirksamkeit der steuerlichen Kontrollen

23.01.2014, Rs C-164/12, DMC

Steuerwesen – **Körperschaftsteuer – Einbringung von Anteilen an einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft** – Buchwert – Teilwert – Abkommen zur **Vermeidung der Doppelbesteuerung** – Sofortige Besteuerung von nicht realisierten Wertzuwächsen – Unterschiedliche Behandlung – **Beschränkung des freien Kapitalverkehrs** – Wahrung der Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten – Verhältnismäßigkeit

B. Schlussanträge

23.01.2014, Rs C-591/12 P, Bimbo / HABM (GA *Mengozzi*)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der Gemeinschaftswortmarke **BIMBO DOUGHNUTS – Ältere Wortmarke DOGHNUTS** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

23.01.2014, Rs C-487/12, Vueling Airlines (GA *Bot*)

Luftverkehr – **Gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Union** – Verordnung (EG) Nr 1008/2008 – **Preisfreiheit – Schutz der Verbraucherrechte** – Erhebung fakultativer **Zusatzkosten für die Gepäckaufgabe der Fluggäste** – Nationale Regelung, die den Luftfahrtunternehmen eine Erhebung solcher Kosten untersagt

23.01.2014, Rs C-377/12, Kommission / Rat (GA *Mengozzi*)

Nichtigkeitsklage – Beschluss 2012/272/EU – **Entwicklungszusammenarbeit – Verkehr – Umwelt – Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen** – Titel V AEUV als Rechtsgrundlage

23.01.2014, Rs C-184/11, Kommission / Spanien (GA *Sharpston*)

Entscheidungen der Kommission, mit denen staatliche Beihilfen für mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar erklärt werden – Erforderliche Maßnahmen, um den Entscheidungen nachzukommen – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine **Vertragsverletzung** des Mitgliedstaats festgestellt wird – **Nicht rechtzeitige Durchführung des Urteils** – Finanzielle Sanktion

23.01.2014, Rs C-15/13, Datenlotsen Informationssysteme (GA *Mengozzi*)

Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – **Tatbestandsvoraussetzungen der ‚In-House'-Übertragung – ‚Horizontale In-House'-Übertragung** – Öffentlicher Auftraggeber und Auftragnehmer, die **rechtlich getrennt** sind und zwischen denen **kein Kontrollverhältnis** besteht **–** Über den öffentlichen Auftraggeber und den Auftragnehmer **von einem**

Dritten, der seinerseits eine öffentliche Verwaltung ist, ausgeübte Kontrolle – Tragweite der Voraussetzung der **‚Kontrolle wie über eigene Dienststellen'** – Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen

C. Gericht

21.01.2014, Rs T-309/10, Klein / Kommission

Außervertragliche Haftung – Medizinprodukte – Art. 8 und 18 der Richtlinie 93/42/EWG – **Untätigkeit der Kommission**, nachdem ihr eine Entscheidung über die Untersagung des Inverkehrbringens mitgeteilt worden war – **Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen eine Rechtsnorm, die dem Einzelnen Rechte verleiht**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.
Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte"; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.
Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*
Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.
Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*
Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.
Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.
Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.